

SPD-Erbchaftsteuerpläne belasten mehr Betriebe als bisher bekannt

Durch die Erbschaftsteuerpläne der SPD kämen laut den Familienunternehmern auf 83.000 Betriebe mit 5,2 Millionen Beschäftigten mehr Steuern zu. Das wären deutlich mehr als bisher geschätzt.

Die Erbschaftsteuerpläne der SPD würden laut einer neuen Analyse deutlich mehr Betriebe in Deutschland treffen als bisher bekannt. Laut einer Untersuchung der "Stiftung Familienunternehmen und Politik", die dem Handelsblatt vorliegt, müssten nicht 44.000, sondern 83.000 Betriebe mit 5,2 Millionen Beschäftigten künftig höhere Steuern zahlen.

"Die Sozialdemokraten behaupten, nur wenige Betriebe müssten mehr Steuern zahlen", sagt Stiftungsvorstand Rainer Kirchdörfer. "Dabei verschweigen sie, dass die Steuererhöhungen mittlere und große Familienunternehmen trafen, die in ländlichen Regionen oft der größte Arbeitgeber sind."

Die SPD hatte im Januar ihre Pläne für eine Erbschaftsteuerreform vorgestellt. Die Partei schlägt vor, die bisherigen Ausnahmen für Betriebsverben zu streichen. Bisher müssen viele Firmen oft keine Erbschaftsteuer zahlen, wenn sie Auflagen erfüllen, etwa den Betrieb einige Jahre weiterzuführen und die Zahl der Mitarbeiter konstant zu halten.

» **Lesen Sie auch:** So stark will die SPD Betriebsverben künftig zur Kasse bitten

Stattdessen schlägt die SPD vor, künftig Betriebsvermögen von bis zu fünf Millionen Euro steuerfrei zu stellen. Damit will die Partei sicherstellen, dass der kleine Handwerksbetrieb weiterhin steuerfrei vererbt werden kann. Alle Erben, die einen Betrieb im Wert von über fünf Millionen Euro vermacht bekommen, sollen Erbschaftsteuer zahlen. Das sei eine Frage der Gerechtigkeit, argumentiert die SPD.

Höhe der Steuersätze noch unklar

Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wurden zwischen 2009 und 2024 Unternehmensvermögen von 510 Milliarden Euro steuerfrei übertragen. Hinzu dürften weitere steuerfreie Übertragungen in Höhe von 30 Milliarden Euro infolge der sogenannten Verschonungsbedarfsprüfung kommen. Diese können Betriebsverben nutzen, wenn sie nachweisen, die Erbschaftsteuer nicht zahlen zu können.

Mit ihrem Konzept beabsichtigt die SPD, einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vorzubeugen, das in diesem Jahr erwartet wird. Viele Ökonomen und Rechtsexperten rechnen damit, dass Karlsruhe die Ausnahmen für Betriebsverben in Teilen als verfassungswidrig einstuft.

Wie hoch die Steuersätze sein sollen, ließ die SPD in ihrem Konzept offen. Definitiv müssten aber mehr Unternehmen als bisher Erbschaftsteuer zahlen. Bei dem von der SPD geplanten Freibetrag von fünf Millionen Euro würde die Erbschaftsteuer für Unternehmen ab circa zehn Millionen Euro Umsatz relevant, schätzen die Wirtschaftsforscher des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Laut IW wären somit 44.000 Unternehmen von den SPD-Plänen betroffen.

Stiftung greift auf größere Datensätze zurück

Nach Schätzungen der Stiftung Familienunternehmen und Politik wären es aber doppelt so viele. Während das IW seine Zahlen auf Basis des Statistischen Bundesamts ermittelte, wertete die Stiftung Daten des Unternehmerpanels des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) aus. Das Unternehmenspanel erfasst auch Auslandsumsätze von Unternehmen, was zu einer höheren Bewertung der Betriebe führt. Dadurch erklärt sich der deutliche Unterschied in den Zahlen.

Den Daten der Stiftung zufolge spielen mittlere und große Familienunternehmen eine zentrale Rolle für die Beschäftigung und das Wachstum in Deutschland. Danach beschäftigten die 500 größten Familienunternehmen in Deutschland 2,97 Millionen Menschen. Das seien mehr als doppelt so viele Arbeitnehmer wie bei den Dax-Konzernen in Streubesitz (1,08 Millionen Beschäftigte).

Zwischen 2013 und 2022 schufen die 500 größten Familienunternehmen laut Stiftung zudem 620.000 neue Arbeitsplätze in Deutschland, während die Dax-Konzerne im gleichen Zeitraum 57.000 Stellen abbauten. Weltweit sind bei den 500 größten Familienunternehmen 6,4 Millionen Arbeitnehmer angestellt.

"Wenn für Fabriken, Maschinen und Patente höhere Erbschaftsteuern anfallen, wird dies zu weniger privaten Investitionen der Unternehmen führen", warnt Verbandschef Kirchdörfer. "Das SPD-Konzept beschleunigt den

wirtschaftlichen Niedergang, und es gibt noch mehr Beschäftigungsabbau, vor allem in ländlichen Regionen. Am Ende werden auch die Arbeitnehmer die Zeche zahlen."

SPD hält Warnungen für Alarmismus

Die SPD hält die Warnungen der Familienunternehmen für lobbygetriebenen Alarmismus. Zunächst einmal müssten Betriebe nur Erbschaftsteuern auf den Wert des Betriebs zahlen, der über fünf Millionen Euro liegt. Durch den Freibetrag würde die Steuerlast somit schon deutlich reduziert, argumentiert die Partei. Zudem versprechen die Sozialdemokraten, die Steuersätze zu senken. Heute gelten Steuersätze von bis zu 50 Prozent in der Spitze. Diesen Steuersatz werde künftig kein Betriebserbe mehr zahlen, verspricht SPD-Fraktionsvize Wiebke Esdar.

Zudem sollen laut den Plänen der SPD Betriebserben die Erbschaftsteuer über einen Zeitraum von 20 Jahren abzahlen können. Damit würden die bisherigen Stundungsregeln deutlich ausgeweitet. Dies werde sicherstellen, dass kein Betrieb wegen der Erbschaftsteuer in Existenznot gerate, heißt es von der Partei.

Die Familienunternehmer halten dem entgegen, dass die Erbschaftsteuerpläne der SPD den Unternehmen dennoch Liquidität entziehen, "da die Erben die fälligen Erbschaftsteuern dem Betrieb entnehmen müssen, da selten so hohe liquide Mittel für die Steuer vorhanden sind", so Kirchdörfer. Dadurch würde sich die Bonität der Firmen verschlechtern. Für viele Betriebe würden sich somit die Kreditbedingungen verschlechtern.

Fuest hält Reform der Erbschaftsteuer für notwendig

Allerdings halten auch viele liberal positionierte Ökonomen wie etwa Ifo-Chef Clemens Fuest eine Reform der Erbschaftsteuer für notwendig. "Die Ausnahmen in der Erbschaftsteuer für Betriebsvermögen sind an Bedingungen geknüpft, wie etwa den Verzicht auf den Verkauf des Unternehmens für fünf Jahre", sagt Fuest. "Das kann notwendige Anpassungen verhindern. Gleichzeitig sorgen die Ausnahmen für eine teils sehr unfaire Steuerlastverteilung."

Wie die SPD schlägt auch Fuest vor, bestehende Vergünstigungen und Ausnahmen für Betriebserben abzuschaffen. Während die SPD den Steuersatz aber weiterhin an die Höhe der Erbschaft knüpfen will, schlägt Fuest einen einheitlichen Steuersatz für alle Betriebserben vor. Dieser soll höchstens zehn Prozent betragen.

"Ein allgemeiner und niedriger Steuersatz würde dafür sorgen, dass Unternehmenserben die Steuerlast tragen können", sagt Fuest. Zudem sollten Freibeträge der Erbschaftsteuer unter Berücksichtigung der Immobilien- und Vermögenspreisinflation stetig angepasst werden.

Laut DIW würde eine solche "Flat Tax" das Erbschaftsteueraufkommen jedoch von derzeit zwölf Milliarden Euro im Jahr um 4,4 Milliarden Euro oder 36 Prozent schmälern - auch wenn sämtliche Steuervorteile für Betriebserben wegfallen.

Aufkommensneutral wäre ein Flat-Tax-Tarif demnach erst ab einem Steuersatz von 16 Prozent. Zudem würde ein niedriger Tarif eine Steuersenkung für höhere Erbschaften bedeuten, während kleinere Erbschaften stärker besteuert würden. Die SPD hält das für eine unfaire Regelung.

Auch bei einem pauschalen Steuersatz von 18 Prozent ließen sich lediglich Mehreinnahmen von 2,2 Milliarden Euro erzielen. Wollte die Regierung das Aufkommen deutlich erhöhen, müsste der Steuersatz schon 25 Prozent betragen. Dann würde die Erbschaftsteuer 8,3 Milliarden Euro mehr einspielen. 25 Prozent sind jedoch weit von jenem Zehn-Prozent-Satz entfernt, der etwa Fuest vorschwebt.

Mehr: Die SPD hat wohl immer noch nicht verstanden, vor welchem Abgrund die Wirtschaft steht

Greive, Martin

Quelle:	Handelsblatt print:.com vom 02.02.2026
Personen:	Esdar, Wiebke
Land:	Bundesrepublik Deutschland C4EUGE
Schlagworte:	Betriebswirtschaft Staatsfinanzen
Dokumentnummer:	HB_100196513

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

archiv.wiwo.de/document/HBON__e51c9d8176668ee2ac83f5671bfc6af1376ed020

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

